

Namen und Anschrift Antragsteller/in:

Antrag auf einen Handwerker-Parkausweis Region Frankfurt RheinMain nach § 46 StVO

für das nachfolgend aufgeführte Fahrzeug mit dem amtlichen Kennzeichen:

1) _____

ggf. mit Übertragbarkeit auf die nachfolgend aufgeführten Einsatzfahrzeuge amtliche Kennzeichen (maximal 5 weitere Fahrzeuge):

2) _____

3) _____

4) _____

5) _____

6) _____

zur Durchführung von Handwerksarbeiten / Dienstleistungen in der Region Frankfurt RheinMain.

Beantragte Originalausfertigungen (Anzahl): _____ **(bitte unbedingt Hinweise im Informationsblatt, Ziff. 6 und 9 beachten)**

Bei der beantragten Genehmigung handelt es sich um:

<input type="checkbox"/>	einen Neuantrag
<input type="checkbox"/>	eine Erneuerung bereits erteilter Genehmigung/en letzte Genehmigung gültig bis zum: Genehmigungs-Nr.:
<input type="checkbox"/>	eine zusätzliche Genehmigung zur (ersten) Genehmigung vom: Genehmigungs-Nr.:

Dem Antrag beigelegt sind:

- Kopie der Gewerbeanzeige
- Kopie der Handwerkskarte
- Kopien der Kfz.-Scheine zu vorgenannten Fahrzeugen

Die Hinweise im Informationsblatt hat der Antragsteller / die Antragstellerin zur Kenntnis genommen.

(Datum und Unterschrift des Antragstellers / der Antragstellerin)

Informationsblatt zum Handwerker-Parkausweis Region Frankfurt RheinMain

1. Geltungsbereich:

Die Ausnahmegenehmigung zum Parken wird momentan im Rahmen einer vereinbarten Duldung anerkannt in Frankfurt am Main, Bad Homburg v.d. Höhe, Darmstadt, Hanau, Offenbach am Main, Rüsselsheim und den Städten und Gemeinden in den Kreisen Darmstadt-Dieburg, Wetteraukreis, Main-Kinzig-Kreis, Hochtaunuskreis, Main-Taunus-Kreis, Groß-Gerau und Offenbach. (Stand: 1. Januar 2007)

2. Antragsberechtigte:

Antragsberechtigt sind Handwerker, die bei der zuständigen Handwerkskammer registriert sind und ein

- zulassungspflichtiges Handwerk (Anlage 1 zur Handwerksordnung),
- zulassungsfreies Handwerk (Anlage B1 zur Handwerksordnung) oder
- handwerksähnliches Gewerbe (Anlage B2 zur Handwerksordnung)

ausüben
und

a) regelmäßig Bau-, Reparatur- und Montagearbeiten sowie Dienstleistungen außerhalb des eigenen Betriebes durchführen

und

b) ein Geschäftsfahrzeug einsetzen, das sich für Materialtransporte und als Werkstattwagen bzw. für Dienstleistungen eignet und ein zulässiges Gesamtgewicht von max. 4 t nicht überschreitet.

Andere Betriebe können ebenfalls Genehmigungen erhalten, wenn sie vergleichbare Tätigkeiten ausüben und hierfür entsprechende Fahrzeuge einsetzen.

3. Zuständigkeit für die Antragsbearbeitung:

Anträge sind bei der für den Hauptsitz des Betriebes zuständigen Straßenverkehrsbehörde des Geltungsbereiches gemäß Ziffer 1 zu stellen

4. einzureichende Antragsunterlagen:

- Antrag
- Kopie der Gewerbeanmeldung
- Kopie der Handwerkskarte
- Kopie der Kfz.-Scheine

5. Berechtigungsumfang:

Die Genehmigung berechtigt ohne gesonderte Einzelfallprüfung während der Durchführung von Handwerkerdiensten und Dienstleistungen zum Parken:

- **im eingeschränkten Haltverbot / Zonenhaltverbot nach Zeichen 286/290 StVO**
- **an Parkuhren und Parkscheinautomaten ohne Entrichtung von Gebühren und ohne Beachtung der Parkhöchstdauer (§ 13 Abs.1 StVO)**
- **in verkehrsberuhigten Bereichen außerhalb der markierten Flächen, soweit dann ein Fahrzeug mit 2,55 m Breite noch passieren kann (Zeichen 325 StVO)**
- **in Bereichen mit Parkscheibenpflicht ohne Auslegen der Parkscheibe und unter Überschreitung der Höchstparkdauer (§ 13 Abs.2 StVO)**
- **auf Bewohnerparkplätzen (§ 45 Abs.1b StVO)**

6. Übertragbarkeit der Genehmigung:

Die Ausnahmegenehmigung ist übertragbar (maximal auf weitere 5 Fahrzeuge), **gilt aber jeweils nur für das genutzte Fahrzeug, in dem die Originalgenehmigung im Sichtbereich der Frontscheibe ausgelegt ist.**

Es können so viele Originalausfertigungen der Genehmigungen wie benötigt beantragt werden (siehe Gebührenhinweise). Sofern der Betrieb über mehr als 6 Fahrzeuge verfügt, ist ggf. ein weiterer Antrag zu stellen.

7. Fahrzeugwechsel:

Bei einem Fahrzeugwechsel muss die Originalgenehmigung sowie der neue Kfz-Schein zur Änderung vorgelegt werden.

8. Gültigkeitsdauer:

Die Gültigkeitsdauer beträgt 1 Jahr. Nachträglich beantragte weitere Ausnahmegenehmigungen des gleichen Antragstellers werden an die Laufzeit der ersten Ausnahmegenehmigung angepasst.

9. Verwaltungsgebühren:

Die Verwaltungsgebühr (jeweils inklusive Auslagen) beträgt **305,00 EUR** für die **erste** Ausnahmegenehmigung und **161,00 EUR** für **jedes weitere** Genehmigungsoriginal, das zeitgleich beantragt wird.

Für weitere Originalausfertigungen der Genehmigung bei Gleichheit von Antragsteller / Antragstellerin, die nachträglich beantragt werden, ist für jeden angefangenen Monat der Restgültigkeit nach Ziffer 8 eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 13,00 € (1/12 von 156,00 €, plus 5,00 € Auslagen) zu entrichten.